



Netzwerk Türkei Discussion Paper

Netzwerk Türkei Discussion Paper No. 3

Eine Frage des Stils – Kemalismus als politische Leitkultur der Türkei

Jan Schiekolk

jschierkolk@gmx.de

Istanbul Mai 2008

Kemalismus – Rettung und Last der Nation

Wer das Geschehen in der Türkei heutzutage auch nur oberflächlichst beschreiben will, kommt ohne eine Vokabel nicht aus: Kemalismus. Doch was ist das? „Nationalismus und Westorientierung“ sagen viele, doch nur der erste Teil dieser Aussage kann vorbehaltlos gelten. Für die „Westorientierung“ sprechen die durch Staatsgründer Mustafa Kemal (später: Atatürk) in den 20ern und 30ern des letzten Jahrhunderts begonnenen Reformen. Dabei wird aber leicht übersehen, dass das was heute „westliche Werte“ genannt wird in vielen Bereichen konträr zu dem steht was damals in mindestens einem Teil von Europa an Ansichten verbreitet war. Illustrierend dafür sei z.B. erwähnt, dass fast im gleichen Atemzug wie die letzten Reste des Scharia-Rechtes endgültig abgeschafft wurden, das Strafrecht des faschistischen Italiens übernommen wurde. Der später als Charakteristikum des Staates proklamierte türkische Korporatismus z.B. beinhaltete darüber hinaus massive Gewerkschaftsgängelung, wenn diese nicht lange Zeit gar komplett verboten waren.

Doch woher kam das? Grob vereinfacht: Die junge Nation entstand in einem Unabhängigkeitskrieg gegen europäische Imperialisten, die auch danach noch eine Weile ihre liebe Mühe hatten, sich von ihren alten Rollen zu verabschieden. Kemal schlug mit Nationalismus, d.h. bedingungsloser innerer Einheit um nach außen stark zu sein, zurück. Dumm nur, dass die Bevölkerung des untergehenden osmanischen Vielvölkerreiches für diese europäische, d.h. ethnische Definition der Einigkeit nicht einmal in dem Teil, der geographisch später die moderne Türkei werden sollte, homogen genug war. Und so wurde ab da - paradoxerweise im Interesse der (türkischen) Selbstbestimmung - passend gemacht, was nicht passen konnte. Den erwähnten „Preis“ hatten so, auch bereits vor dem eigentlichen Unabhängigkeitskrieg, schon die anatolischen Armenier gezahlt. Später folgten die Griechen und andere. Dieser Nationalismus führte auch dazu, dass man den „Kurden“ als solchen mit der Bezeichnung „Bergtürken“, sprich unterentwickelte Spinner die nicht wissen dass sie Türken sind, hochhoffiziell ihre Identität verweigerte und dies teils weiter tut. Die Folgen sind bekannt.

Zur Verwirklichung der Einheit des Landes glaubte Atatürk an die Möglichkeit, den alle Lebensbereiche umfassenden Gesellschaftswandel mit Hilfe seiner republikanischen Volkspartei (CHP), abgeschirmt von einer starken Armee und Propagierung allerlei teils abstruser Theorien verordnen zu können. Vereinfachend wirkten hier auch die Umstände eines vom langen Kampf müden Volkes, das nach einer neuen Identität suchte. Diese Gefühle bediente er als strahlender Held mit einem zunehmend autoritären Führungsstil und einem bewusst geschürten Personenkult.

Sicher, all dies ist im Kontext seiner Zeit und ihrer gigantischen Herausforderungen deutlich milder zu beurteilen. Das führt viele dazu ihn heute als jemanden zu sehen, der, nur weil sein Volk noch nicht reif für seine (demokratischen) Visionen war, sich damit begnügen musste deren Fundament autoritär zu legen. Nehmen wir einmal an, es war so. Dann hatte Kemal an eines im Traum nicht gedacht: Bei allen hehren Modernisierungszielen hat neben seinem inhaltlichen Programm auch sein politischer Stil bis heute profunde Auswirkungen auf die türkische Gesellschaft. Wenn auch definitiv älter als der Kemalismus, durchzieht bei allen liebenswerten Eigenschaften die dieses herzliche Volk zu bieten hat, vor allem in traditionelleren Kreisen eine gewisse Einheit-um-jeden-Preis-Haltung seine Kultur. Und spätestens der Kemalismus übersetzt strikt festgelegte soziale Rollen und ein ausgeprägtes Bewusstsein von Ehre in einen Nationalismus, für den offene Meinungsverschiedenheiten als Schwäche dastehen müssen. Dies gilt speziell, wenn die andere Meinung von außen kommt. Der auch bei uns mittlerweile notorisch bekannte Paragraph 301 (gegen die „Beleidigung des Türkentums“) sei hier als eine der sichtbarsten Blüten dieser Einstellung genannt.

Bis heute prägend

Der Nationalismus steht zudem seit Kemal in den Lehrplänen. Und auch das Militär hat seinen Einfluss (laut Umfragen konstant mit Abstand „vertrauenswürdigste Institution im Land“) nicht von ungefähr. Es sozialisiert über eine Wehrpflicht ohne Verweigerungsrecht die komplette männliche Bevölkerung. Das setzt sich als einer von vielen Faktoren im politischen Leben, sicher auch unter Verstärkung eines (von Kemal ganz bestimmt nicht gewollten) Mangels an weiblichen Akteuren, fort. Viele Parteien scheinen nicht mehr zu sein als die Wahlvereine ihrer unangefochtenen Führer. Sinnbildlich dafür steht heute z.B. die mittlerweile unter Deniz Baykal neu gegründete CHP (Selbstbild: „sozialdemokratisch“).

Doch eine wirklich demokratische, schlagkräftige Linke gibt es in diesem Land nicht. Über die Ursachen dafür wird immer wieder spekuliert. Als sicher kann gelten, dass nach einem „halben“ 1972er und einem sehr gründlichen Militärputsch (1980) wegen aus dem Ruder gelaufener extremistischer Gewalt (von rechts wie links) das Militär, sicher auch unter dem Einfluss des Kalten Krieges, außerordentlich hart und recht einseitig gegen alles vermeintlich „linke“ durchgriff. Teile der Sicherheitsorgane paktierten unverhohlen und teils bis heute informell mit dem rechten Mob (der sog. „Tiefe Staat“). „Links“ sein ist seitdem in den Augen der Mehrheit entweder nicht opportun weil hoch gefährlich, oder seit dem unter Turgut Özal darauf folgenden wirtschaftsliberalen Kulturbruch der achtziger Jahre schlicht „unschick“. Und auch der in den sechziger Jahren mit einem moderaten Kurs „links der Mitte“ für seine CHP zum antiautoritären Hoffnungsträger avancierte Bülent Ecevit schien, zunächst aus Ratlosigkeit ob des Terrorismus, später weil er den Erfolg der nationalistischen Karte sah, schließlich auf diesen Mainstream eingeschwenkt zu sein.

Dass es seit 1980 keinen offenen Putsch mehr gab, liegt u.a. an finanziellen Interessen der Militärs – und daran dass es nicht mehr putschen muss um seinen Einfluss geltend zu machen: Unter der nach wie vor aktuellen (wenn auch inzwischen abgemilderten) Coupverfassung greift es aus einem „Nationalen Sicherheitsrat“ heraus auch ungefragt mit „Empfehlungen“ ins politische Geschehen ein. Und über diese Verfassung lässt sich zusammenfassend sagen, dass sie durch leicht aussetzbare Grundrechte eher den Staat vor seinen Bürgern schützt als umgekehrt. Und der antipluralistische Charakter des Systems äußert sich durch zahlreiche überzogene Vorteile für große Parteien, am deutlichsten ausgedrückt in einer Zehn-Prozent-Hürde.

Hinzu kommen weitere Faktoren, wie ein erst Recht für die, bzw. gerade wegen einer verleugneten Vielvölkergemeinschaft übermäßig zentralisierter Staat. Und es gilt als normal, dass Macht habende Parteien sich traditionell sehr umfassend und nachhaltig der Bürokratie bemächtigen um sie gegen ihre Gegner einzusetzen. Im türkischen Verständnis von Laizismus beinhaltet dies auch die u.a. alle Moscheen des Landes kontrollierende Behörde „Diyanet“. Im Rahmen der Propagierung der sog. „türkisch-islamischen Synthese“ wussten in der Vergangenheit ausgerechnet Nationalisten, von denen heute viele vor Islamisierung warnen, dies zu nutzen. Als Ergebnis lässt das (inner- wie zwischenparteilich) extrem binäre Alles-oder-Nichts der Macht sachliche Debatten komplett hinter Machtkämpfen verschwinden und lähmt so das Land.

Die erwähnte Zerschlagung aller auch nur annähernd sozialistischen Kräfte bei gleichzeitiger Reislamisierung des Diskurses ließ, auch durch Massenmigration traditioneller geprägter Menschen vom Dorf in die anschwellende Gemeinschaft der städtischen Arbeiterschaft verstärkt, in den 70ern und 80ern eine Entwicklung fast zwangsläufig werden: Den Aufstieg islamistisch-sozial ausgerichteter Parteien im linken Vakuum, personifiziert durch Necmettin Erbakan. Dass viele der Gläubigen es zu Wohlstand brachten und im Zuge dessen sein soziales Politikverständnis anfochten sollte später zur Spaltung des Milieus in zwei Strömungen führen.

Die pragmatische und wirtschaftsliberale von ihnen regiert heute als AKP („Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) das Land, während die orthodoxe und sozialer orientierte Saadet Partisi („Glückspartei“) ein Randdasein fristet. Dabei geht sowohl diese letzte Spaltung, als auch die Machtübernahme des islamistischen Gedanken (und Bruderschaften) nahe stehenden Turgut Özals indirekt und unbeabsichtigt auf das Konto des Militärs und seinem 1980er ganzen, bzw. 1997er „postmodernen“ Coups per Memorandum. Ironischerweise ist es also die Armee, die mit ihren Putschen wenigstens der Interessenbildung (Differenzierung der Islamisten anhand ihrer Wirtschaftspolitik) auf die Sprünge half - was sie heute wohl bitter bereut.

Du sollst Deinen Gott neben mir haben

Doch wer sind diese nun regierenden „Islamisten“? Man darf nicht vergessen, dass auch ihre Mitglieder in der Schule täglich überzeugt die Nationalhymne gesungen und, wie wohl alle Schulkinder des Landes auch heute noch, die Worte des Staatsgründers auswendig gelernt haben. Doch weniger harmlos: Auch von ihnen reagieren viele allergisch, wenn sie nur das Wort „Völkermord“ hören. Dazu fällt spätestens bei näherer Betrachtung auf, dass auch ihre Partei sehr autoritär, d.h. im oben erwähnten Sinne des Wahlvereins geführt wird. So gesehen sind also eigentlich auch die sog. „Islamisten“ Kemalisten.

Warum reden dann auch in der Türkei alle über politischen Islam, jedoch niemand ernsthaft über Kemalismus? Eine Antwort: Letzterer (im Sinne von türkischer Patriotismus) kann kein Begriff im hiesigen Diskurs sein – denn er ist dessen Koordinatensystem höchstselbst. Kemalismus verkörpert hierzulande das, was in anderen Staaten meist ideel-vereinende (USA,...), oder auch konkret gesetzgebende (Saudi-Arabien,...) Gottesbezüge leisten sollen. Das Problem: Wie der Islam bietet auch Kemalismus keine klaren Aussagen darüber, wie ein moderner Verwaltungsstaat zu führen sei. Die traditionellen „sechs Pfeile“ der Ideologie („Republikanismus“, „Nationalismus“, „Populismus“, „Revolutionismus“, „Laizismus“ und „Etatismus“) bedürfen genauso der Interpretation wie der Koran. Dass man ihn offen diskutiert und für verschiedene Auslegungsarten wirbt, verhindern allerdings zur Zeit Gesetze wie der Türkentum-Paragraph. Das führt auch dazu, dass Scheinfragen wie die Kopftuchdebatte konstant Sachthemen überdecken und viele Leute kaum wissen, was für eine konkrete Politik sie mit ihrer Stimme wählen.

Sehr irdische Politik

Dies treibt paradoxe Blüten: Da ist zum einen eine säkulare Elite, die vordergründig aus Angst vor zu viel Freiheit für Kopftücher als Anfang einer tief greifenden Islamisierung, hintergründig aber vor allem wohl vor zuviel Macht für eine andere Partei, gegen einen EU-Beitritt ist. Doch noch interessanter ist hier die AKP: Sie rekrutiert den Großteil ihrer Wähler aus der Unterschicht, richtet ihre wirtschaftsliberale Politik aber zunächst nach den persönlichen Interessen ihrer neureichen Führung, den Anforderungen des IWFs, und der EU-Kommission aus - teils sehr zum Nachteil ihrer Wähler. Auch deshalb hilft ihr die Kopftuchdebatte als willkommene Ablenkung. Ein Beispiel: Anfang des Jahres beschloss sie die Kürzung ohnehin äußerst knapper Altersbezüge für Arbeitnehmer. Daraufhin gab es unerwartet starke Gewerkschaftsproteste. Die AKP erkannte die Gefahr sofort und ihre Spitzenvertreter demaskierten sich mit panisch-wütenden Auftritten im Fernsehen. Und genau da „rettet“ sie zu allem Überfluss ausgerechnet das säkulare Establishment in Form des nun vorliegenden Verbotsantrages wegen islamistischer Umtriebe und hebt sie wieder auf den Thron der kleinen Leute. Dieses Phänomen wird von manchen Beobachtern treffsicher „unfreiwillige konservative Koalition“ genannt.

Der Autoritarismus wird das Land also allen Anscheins nach auch weiter bestimmen. Doch trotzdem ist der ihm zu Grunde liegende Kemalismus gleichzeitig die Klammer, die eine ansonsten hoffnungslos polarisierte Gesellschaft zusammen hält. Kemalismus wird sich daher vom Autoritarismus lösen müssen. Dies wird kaum ohne eine mindestens teilweise Abkehr von der Panik- und Symbolpolitik gehen. Und es besteht Hoffnung: Die AKP selbst leitet, ob widerwillig oder nicht, diesen Lösungsprozess ein. Denn obwohl ihr mit dem Islam der neben der kemalistischen Staatsideologie mächtigste Bezugsrahmen für ihre Argumente prinzipiell zu Verfügung steht, kann die Partei auf ihn, nicht zuletzt wegen der Wächter in Uniform, nicht explizit zurückgreifen, was sie gerade wieder lernt. Und weiter: Sie ist in der Auseinandersetzung mit den Säkularisten auf europäische Unterstützung angewiesen, die sie sich trotz Höhen und Tiefen langfristig weiter mit Reformen zu sichern suchen wird – mindestens sofern Europa die Beitrittsstür nicht endgültig schließt. Ihr Anklang scheint zudem, wie auch die Erfolglosigkeit der „Glückspartei“ zeigt, eher in ihrer u.a. wegen gelungener Inflationsbekämpfung als erfolgreich wahrgenommener Wirtschaftspolitik, als in einer religiösen Agenda zu liegen - weshalb sie überhaupt für derart weite Schichten wählbar wurde. Sie könnte also notgedrungen auf den Geschmack sachlicherer, offenerer Debatten kommen, auch wenn sich viele aus dem einfachen Volk dann aus inhaltlichen Gründen von ihnen abwenden und einer neuen Sozialdemokratie, vielleicht in Form einer gewandelten CHP, oder stattdessen sogar der „Glückspartei“, zuwenden könnten. Die AKP ist, auch wenn sie momentan nicht unbedingt für den großen Wurf in Sachen Pluralisierung steht, so doch mindestens ein Türöffner – und sei es nur, weil nun die zwei großen Blöcke der politischen Landschaft sich im Verlauf ihrer Auseinandersetzung, wenn sie dagegen nicht bald Maßnahmen ergreifen zunehmend selbst entlarven. So oder so wird der Kontrast zwischen Symbolik und Substanz wohl so lange weiter wachsen bis er einfach für niemanden mehr zu übersehen ist. Hoffentlich zerbricht auf dem Weg dorthin nicht mehr allzu viel Porzellan.

Kommentar: Eine neue Türkei für das neue Europa

Kemalismus ist... Modernisierung? Wir wissen es nicht. Aber was braucht es um in die EU zu kommen? Modernität, Aufgeklärtheit, kurz: Westliche Werte natürlich. Es schließt sich die legitime und überfällige Frage an, ob „westlich“ überhaupt mit „modern“ und „aufgeklärt“ gleichzusetzen ist. Mal davon abgesehen dass sich auch in Europa Politik viel zu oft um Nicht-Themen und reine Machtkämpfe dreht, so muss man sich doch fragen, warum unser Teil der Welt die Insel des Wohlstands und des Friedens wurde die er heute ist. Antworten auf diese Frage gibt es viele, aber der Erfolg des heutigen Europas liegt zweifellos nicht zuletzt in der Verrechtlichung, schlichtweg der (von Ausnahmen abgesehen) mittlerweile sehr weit fortgeschrittenen Berechenbarkeit der Beziehungen zwischen ehemals sich gegenseitig mit Krieg überziehenden Völkern. Trivial? Sollte man meinen. Doch es gibt viele, die denken dass die Einheit Europas vornehmlich auf tieferen, kulturellen, geographischen, religiösen oder gar rassischen Gemeinsamkeiten fußt und dass das auch so bleiben sollte.

Richtig, aus sehr komplexen Gründen haben sich ausgerechnet in unserem Kulturkreis, nach Jahrhunderten der Bekämpfung unserer selbst und anderer, schließlich im regionalen Standbildmodus des Kalten Krieges auf der Westseite des Eisernen Vorhangs Mechanismen gebildet, wenigstens der internen Kriegsfall zu entgehen und zusammen reich und frei zu werden. Falsch, das bedeutet nicht, dass wir diesen Raum nicht behutsam weiter ausdehnen können, dies bereits erfolgreich getan haben – und weiter tun müssen. Wenn Andere, wie die Türkei, in dieses System streben ist das prinzipiell ein Glücksfall, weil das nicht nur ihnen hilft, sondern auch uns langfristig eine Menge Ärger erspart - sofern sie den, wie wir meinen, nicht kulturspezifischen Teil (Rechtsstaat, Demokratie, Pluralismus und Menschenrechte) unserer Werte teilen. Diese Essenz darf nicht verwässert werden, und deshalb gäbe es zu Recht klare (die sog. Kopenhagen-) Kriterien, wenn das vielstimmige Europa selbst diese nicht andauernd wo es ihm gerade passt Tagespolitik und Umfragenwerten unterordnen würde.

Dabei hat die Türkei einen beachtlichen Weg zurückgelegt, den man auch anerkennen sollte. Trotzdem ist er noch weit, und der Reformeißer der AKP-Regierung ist, auch wegen vieler vergangener Zumutungen für die islamistische

Klientel, erlahmt. Das scheint sich im Zuge des aktuellen Verbotsverfahrens allerdings zu ändern: ein sich bis vor kurzem in gefährlicher Sicherheit wägender Premier Erdogan hofft nun wieder verstärkt auf die EU als Unterstützerin gegen die Säkularisten, und setzt so plötzlich z.B. panisch eine, wenn auch höchstens als kosmetisch zu bezeichnende, Reform des Türkentumparagraphens durch. Zudem ließ er es auch vorher noch nie aus, die Bedeutung des Kopftuchtragens als Menschenrecht zu betonen. Womit er richtig liegt. Für Europa bedeuten Menschenrechte allerdings aber auch Demonstrationsrecht für Gewerkschaften oder, deutlicher, beispielsweise gar: Die Freiheit, wenigstens von offizieller Seite anerkannt kurdisch sein zu dürfen. Gegebenenfalls sogar schwuler, atheistischer, den Wehrdienst verweigernder Kurde. Schon die Vorstellung dieses Zustandes wirkt im Vergleich mit der heutigen, praktischen Realität absurd.

Wenn diese Freiheiten allerdings einmal erreicht sein sollten, darf man der Türkei ihre faire Chance auch nicht absprechen. Diejenigen, die sich gegen diese Objektivität aussprechen, handeln wider den vergleichsweise noch sehr jungen europäischen Geist, den Geist der Annäherung durch Verrechtlichung, dem wir so viel verdanken. Er steht im Gegensatz zu dem des wahren „alten Europas“, in dem sich Gemeinschaften im Kontrast zu anderen definierten und auch so den Nationalismus erfanden. Denn letzteren will Europa ja heute überwinden.

Paradoxerweise war es im Falle der Türkei aber gerade das imperialistische Europa, welches die bis dahin ethnisch sehr gemischten (wenn auch beileibe nicht unbedingt friedlichen) Osmanen und später die Türken indirekt vor die Wahl zwischen Nationalismus und Unterdrückung stellte. Der dann gewählte Nationalismus kann zu Recht, im Sinne der Türken, behaupten das Land als solches gerettet zu haben. Dem stehen - Extrembeispiel - deutsche Erfahrungen diametral entgegen, weshalb wir nun natürlich leicht Postnationalismus und Zivilgesellschaft propagieren können.

Schöne, kostenlose Worte über Demokratie und Menschenrechte bei gleichzeitiger Diskriminierung der Beitrittskandidatin Türkei müssen aber erst Recht ihre aus Erfahrung demonstrativ stolzen Bürger an das alte Europa erinnern und deshalb kontraproduktiv sein. Genauso wenig werden alibi-aktionistische, politische Abstimmungen in westlichen Parlamenten über Armenier- oder Kurdenfragen (auch wenn beide keine sind) zu Einsichten führen, im Gegenteil. Kurz: Mit etwas mehr Ehrlichkeit, sowie gleichzeitig mehr Lautlosigkeit würde der unbestritten starke europäische Einfluss letztlich im Sinne unserer neuen Werte mehr erzielen, auch wenn das dauert. Dem allerdings stehen populistische Verlockungen für viele europäische Politiker im Weg.

Doch auch viele Befürworter des Beitritts argumentieren oft kurzfristig: Sicher, die zweifellos vorhandenen, riesigen sicherheitspolitischen Vorteile einer stärkeren Einbindung der Türkei für eine EU als hoffentlich bald einmal handlungsfähiger Akteur wiegen schwer. Und das Problem vieler schlecht integrierter muslimischer Einwanderer in Westeuropa wird sich auch nicht in Luft auflösen wenn die Türkei draußen bleibt, eber im Gegenteil. Ganz zu schweigen von der Lage in Nabost. Eine derzeit hoffnungslos auf „den Islam“ fixierte westliche Sicherheitsdiskussion sollte jedoch trotzdem nicht bedingungslos unsere Überlegungen leiten. Eine weit im Westen immer noch sehr verbreitete Kalte-Kriegs-Mentalität (auch wenn diesmal gegen den „Terror“ (?), und ziemlich heiß) ist, wir erinnern uns, einer der Gründe für die fortlebenden Defizite der heutigen türkischen Demokratie. So sah man beispielsweise den 1980er Militärputsch in Washington, ganz anders als im Großteil Europas, mit Wohlwollen.

Doch mal spekulativ-plastisch: Wenn die Sicherheitsdiskussion uns in der türkischen Beitrittsfrage zu sehr leiten würde, wäre die Türkei nach ihrer Logik auch in ihrem jetzigen Zustand relativ schnell z.B. nach einem „atomaren Coming-out“ des Irans ein Vollmitglied der EU – mit allen Folgen. Doch das können wir nicht wollen, denn die EU muss zuallererst eine Gesellschaft der Menschenrechte bleiben. Und die Konditionalität wirtschaftliche Stabilität & Offenheit + Demokratie & Menschenrechte = Beitrittsperspektive lohnt sich darüber hinaus auch im Hinblick auf andere zu erhalten. Sie ist, obwohl sehr unauffällig, das mächtigste Werkzeug der Union zur Stabilisierung ihrer Nachbarschaft – wie z.B. nur ein flüchtiger Blick auf den Balkan schon zeigt. Sie sollte nicht weiter, wie zuletzt bei der hektischen Aufnahme Bulgariens und Rumäniens, beschädigt werden. Und auch im Falle der Türkei selbst: wenn sie erst einmal Mitglied ist, wird man ihr schwerer weitere Zugeständnisse abverlangen können.

In der Summe: die EU ist sich selbst untreu und höchst schädlich, sowohl wenn sie die Türkei unkritisch hineinwinkt, als auch wenn sie ihr, wie gegenwärtig, eine faire Chance verweigert. Und das spüren die Türken, was europäische Menschenrechts- und Demokratieappelle verpuffen, bzw. teils gar als empfundene Einmischung heftige Gegenreaktionen hervorrufen lässt. Natürlich - die Überwindung des türkischen Nationalismus wird allein durch europäische Objektivität in der Beitrittsfrage nicht gelingen – er hat ohne sie jedoch keine Chance. Denn die Türkei braucht strikte, jedoch verlässliche Fairness um das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, wirklich in seinem heutigen Sinne Europa zu werden – genauso wie die Europäische Union sie braucht, um dieses Europa zu bleiben.